

Verbraucherstreitbeilegungsgesetz: VSBG

Bearbeitet von
Matthias Roder, Peter Röthemeyer, Felix Braun

1. Auflage 2017. Buch. XXII, 239 S. Kartoniert

ISBN 978 3 406 69232 1

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

Gewicht: 547 g

[Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Zivilverfahrensrecht allgemein, Gesamtdarstellungen > Streitschlichtung, Mediation](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei



Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Roder/Röthemeyer/Braun
Verbraucherstreitbeilegungsgesetz

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verbraucher- streitbeilegungsgesetz

von

Matthias Roder

Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium
für Umwelt und Verbraucherschutz, München

Peter Röthemeyer

Leitender Ministerialrat im Niedersächsischen Justizministerium,
Mediator, Hannover

Felix Braun

Vorstand Zentrum für Schlichtung e.V.,
Kehl

2017



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Zitierweise:

Roder/Röthemeyer/Braun/*Bearbeiter VSBG* § ... Rn. ...

www.beck.de

ISBN 9783406692321

© 2017 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstr. 9, 80801 München

Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz und Umschlaggestaltung:
Druckerei C. H. Beck, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

Es war keine leichte Aufgabe für den deutschen Gesetzgeber, als er sich daran machte, die EU-Richtlinie über die außergerichtliche Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten umzusetzen. Aus dem bestehenden Flickenteppich an Schlichtungsverfahren musste ein umfassendes Schlichtungsangebot für sämtliche Verbraucherstreitigkeiten geschaffen werden, wobei weder die Wirtschaft zur Beteiligung verpflichtet, noch eine staatliche Parallelstruktur zur Gerichtsbarkeit aufgebaut werden sollte. Wieviel Verbraucherschlichtung sollte es in Deutschland künftig geben? Aus Verbrauchersicht konnte die Antwort eigentlich nur lauten, dass es so viel hochwertige Schlichtung wie möglich geben solle, um ohne finanzielles Risiko die Ansprüche gegenüber den Unternehmern als Vertragspartner besser durchsetzen zu können. Aber schon die Verbraucherverbände sahen in der Schlichtung ein zweischneidiges Schwert, das einerseits die Rechtsdurchsetzung erleichtert, andererseits aber die notwendige Rechtsfortbildung aufgrund der Nichtröffentlichkeit der Verfahren und der fehlenden Rechtsbindung des Streitmittlers gefährden könnte. Auf Seiten der Wirtschaft war trotz guter Erfahrungen mit branchenbezogenen Schlichtungsverfahren die Einschätzung vorherrschend, dass die Schlichtung vornehmlich dem Verbraucher nütze.

Das am 1. April 2016 in Kraft getretene Verbraucherstreitbeilegungsgesetz (VSBG) spiegelt die Zielkonflikte zwischen Verbraucher-, Rechts- und Wirtschaftspolitik deutlich wider. Herausgekommen ist ein gesetzlicher Rahmen, der von dem Prinzip geprägt ist, dass Schlichtung grundsätzlich freiwillig sein soll. Dieser Grundsatz wird freilich bereits durchbrochen in einzelnen spezialgesetzlichen Regelungen, die einen mehr oder minder sanften Zwang auf die Unternehmen ausüben, Schlichtungsstellen einzurichten und am Verfahren teilzunehmen.

Das VSBG belässt den Schlichtungsstellen und den Unternehmen grundsätzlich große Spielräume. Allerdings werden die Informationspflichten und die ihnen inhärente Pflicht, sich für oder gegen die Teilnahme an der Schlichtung zu entscheiden, ihre Wirkung nicht verfehlten. Ist der Anstieg an Schlichtungsverfahren im Jahr des Inkrafttretens des VSBG noch moderat ausgefallen, wird das Jahr 2017 für die weitere Entwicklung der Schlichtung eine entscheidende Rolle spielen. Denn ab dem 1. Februar 2017 müssen sich Unternehmer, sofern sie Verbraucher als Kunden haben und nicht unter die Kleinbetriebsklausel fallen, vorvertraglich entscheiden und darüber erklären, ob sie zur Teilnahme an einer Verbraucherschlichtung bereit sind. Ist eine Streitigkeit aus einem Verbrauchervertrag entstanden, trifft diese Pflicht ausnahmslos alle Unternehmer.

Bereits jetzt ist zu erkennen, dass einzelne große Anbieter ihren Kunden im Streitfall die Möglichkeit einer außergerichtlichen Streitbeilegung eröffnen wollen. Die Entscheidung für oder gegen Schlichtung wird damit, vorausgesetzt dass sich die Schlichtungsstellen als Institution zur Streitbeilegung weiter bewähren, zunehmend zum Qualitäts- und Abgrenzungsmerkmal.

Wer als Unternehmer diese Entscheidung zu treffen hat, sollte Bescheid wissen, wie Verbraucherschlichtung funktioniert, welche rechtlichen Rahmenbedingungen gelten und wann sie für ihn vorteilhaft sein kann. Das Gleiche gilt für den Verbraucher, der im Streitfall ebenfalls entscheiden muss, welchen Weg der Rechtsdurchsetzung er wählen will. Von Rechtsanwälten, gleich ob sie Unternehmer oder Verbraucher beraten, wird erwartet, dass sie über das nötige Wissen zur Schlichtung verfügen.

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

Dieses Buch wendet sich daher vor allem an Rechtsanwälte, Unternehmensjuristen und Verbraucherverbände, denen der Zugang zur Schlichtung und zu den nicht immer ohne weiteres verständlichen Regelungen des VSBG leichter gemacht werden soll. Aber auch diejenigen, die für eine Schlichtungsstelle oder als Mediatoren tätig sind, werden in dem Werk nützliche Hinweise finden.

Die Autoren verbinden die praktische Erfahrung aus der Leitung einer Verbraucherschlichtungsstelle mit den Blickwinkeln der richterlichen Tätigkeit, der Mediation und der Verbraucherpolitik. Angesichts der sehr jungen Rechtsmaterie wird es nicht verwundern, dass die Autoren neben der praxisorientierten Betrachtung auch den rechtswissenschaftlichen Diskurs nicht ausblenden und mit ihrem Werk einen Beitrag zur weiteren Entwicklung der Verbraucherschlichtung in Deutschland leisten wollen.

München/Hannover/Kehl, im November 2016

*Matthias Roder
Peter Röthemeyer
Felix Braun*

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bearbeiterverzeichnis

<i>Felix Braun:</i>	§§ 2 II–IV, 3, 8, 11 I
<i>Matthias Roder:</i>	§§ 5, 7, 9, 10, 11 II
<i>Peter Röthemeyer:</i>	§§ 1, 2 I, 4, 6

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Bearbeiterverzeichnis	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXI
§ 1 Einführung	1
I. Der Grundansatz der Europäischen Union	1
II. Vollzugsdefizit	2
III. Alternative zum gerichtlichen Verfahren	4
IV. Kompetenztaktik der EU	4
V. Zentrale Vorgaben der ADR-Richtlinie	6
VI. Die Umsetzung in Deutschland	8
VII. Die Grundausrichtung des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes	13
§ 2 Grundlagen und Anwendungsbereich des VSBG	15
I. Verfahrensarten	15
II. Sachlicher und personaler Geltungsbereich	21
III. Spezialgesetzliche Regelungen	27
IV. Wann lohnt sich Schlichtung?	27
§ 3 Schlichtungsstellen	43
I. Einleitung: Organisatorische Anforderungen und Anerkennung von Verbraucherschlichtungsstellen	43
II. Trägerschaft	44
III. Finanzierung	49
IV. Einrichtung auf Dauer	52
V. Beteiligung der Verbände	52
VI. Informations-, Berichts- und Auskunftspflichten	55
VII. Anerkennung privater Verbraucherschlichtungsstellen	60
VIII. Verbraucherschlichtungsstellen und sonstige Schlichtungsstellen	63
§ 4 Streitmittler	67
I. Einführung	67
II. Stellung, Begriff, Grundsatzfragen	67
III. Qualifikation	69
IV. Streitmittlervorbehalt und Strukturmodelle	74
V. Unabhängigkeit und Unparteilichkeit	77
VI. Streitmittlervertrag	90
§ 5 Verfahren	93
I. Überblick	93
II. Verfahrensordnung	99
III. Parteien und Vertretung der Parteien	104
IV. Einleitung und Gegenstand des Verfahrens	108
V. Ablehnungsgründe und Ablehnungsentscheidung	116
VI. Teilnahmebereitschaft und Teilnahmepflicht des Antragsgegners	128
VII. Durchführung des Streitbeilegungsverfahrens	132
VIII. Vorzeitige Beendigung des Verfahrens	142
IX. Verfahrensfehler und ihre Folgen	143

Inhaltsübersicht

X. Entgelte, Kosten, Missbrauchsgebühr	143
XI. Abschluss des Verfahrens	149
§ 6 Schlichtungsvorschlag/Ergebnis des Verfahrens	151
I. Einordnung des Schlichtungsvorschlags	151
II. Anwendungsbereich	152
III. Maß der Rechtsbindung	154
IV. Gegenstand des Schlichtungsvorschlags	159
V. Begriff, Elemente und Aufbau des Schlichtungsvorschlags (iwS).....	161
VI. Zustandekommen des Vertrages und Ablehnung	164
VII. Wirksamkeit des Vergleichs	167
VIII. Sonderfall Bindung des Unternehmens	169
IX. Durchsetzung/Vollstreckung	170
X. Prozessvoraussetzung nach § 15a EGZPO	171
§ 7 Informationspflichten der Unternehmer	173
I. Vorvertragliche Information	173
II. Information nach Entstehen der Streitigkeit	180
§ 8 Grenzüberschreitende Streitigkeiten	185
I. Die von ADR-Richtlinie und VSBG erfassten grenzüberschreitenden Streitigkeiten	186
II. Zugang zu Verbraucherschlichtungs- bzw. ADR-Stellen	187
III. Sprachliche Herausforderungen	189
IV. Rechtliche Herausforderungen	190
V. Die europäische ODR-Plattform	191
§ 9 Aufsicht und Rechtsdurchsetzung	193
I. Behördliche Aufsicht über Schlichtungsstellen	193
II. Privatrechtliche Rechtsdurchsetzung	198
§ 10 Informations- und Unterstützungsangebot	203
§ 11 Formularmuster	205
I. Schlichtungsvorschlag	205
II. Musterverfahrensordnung	208
Anhang	
1. Gesetz über die alternative Streitbeilegung in Verbrauchersachen (Verbraucherstreitbeilegungsgesetz – VSBG)	215
2. Verordnung über die Aus- und Fortbildung von zertifizierten Mediatoren (Zertifizierte-Mediatoren-Ausbildungsverordnung – ZMediatAusbV)	228
Sachregister	233

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einführung	1
I. Der Grundansatz der Europäischen Union	1
II. Vollzugsdefizit	2
III. Alternative zum gerichtlichen Verfahren	4
IV. Kompetenztaktik der EU	4
V. Zentrale Vorgaben der ADR-Richtlinie.....	6
1. Organisationsstruktur und Aufsicht	6
2. Teilnahmepflichten	6
3. Verfahrensarten	6
4. Verfahrensgrundsätze	7
5. Maß der Rechtsbindung	7
6. Fazit: ADR-Gewährleistungsanspruch?	7
VI. Die Umsetzung in Deutschland	8
1. Ausgangslage	8
2. Übersicht: Einordnung der Verbraucherschlichtung in das Portfolio staatlicher Intervention	9
a) Individueller gerichtlicher Rechtsschutz	9
b) Kollektiver Rechtsschutz	9
c) Direkte staatliche Intervention	10
d) Lauterkeitsrechtlicher Schutz	10
e) Vorgefundene Schlichtungsstruktur	11
3. Die rechtspolitische Debatte	12
VII. Die Grundausrichtung des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes	13
§ 2 Grundlagen und Anwendungsbereich des VSBG	15
I. Verfahrensarten	15
1. Vorgaben und Vorstellungen der ADR-Richtlinie	15
2. Verfahrensarten nach dem VSBG	15
a) Einleitung	15
b) Schlichtung	16
c) Mediation	16
d) Abgrenzung von Schlichtung und Mediation	17
aa) Rollenverständnis	17
bb) weitere Aspekte	19
e) Weitere Verfahren	19
f) Mischmodelle und Hybride	20
II. Sachlicher und personaler Geltungsbereich	21
1. Erfasste Verträge	22
a) Entgeltliche Verträge	22
b) unentgeltliche Verträge	23
c) Vorvertragliche Schuldverhältnisse	24
2. Grenzen und Möglichkeiten bei der Bestimmung des Zuständigkeitsbereichs einer Verbraucherschlichtungsstelle	24
a) Beschränkungen des Zuständigkeitsbereichs	24
b) Erweiterungen des Zuständigkeitsbereichs	25
III. Spezialgesetzliche Regelungen	27
IV. Wann lohnt sich Schlichtung?	27
1. Unparteilichkeit und Unabhängigkeit	28
2. Verfahrenskosten	28

Inhaltsverzeichnis

3. Verjährungshemmung	31
4. Rechtliche Qualität	32
5. Niedrigschwelligkeit des Verfahrens	33
6. Vertraulichkeit des Verfahrens und Transparenz	35
7. Besondere Kenntnis des Verbraucherrechts und branchenspezifische Spezialisierungen	38
8. Grenzüberschreitende Streitigkeiten	39
§ 3 Schlichtungsstellen	43
I. Einführung: Organisatorische Anforderungen und Anerkennung von Verbraucherschlichtungsstellen	43
II. Trägerschaft	44
1. Private Verbraucherschlichtungsstellen	44
2. Behördliche Verbraucherschlichtungsstellen	45
a) Subsidiär zuständige behördliche Schlichtungsstellen	46
b) Originär zuständige behördliche Schlichtungsstellen	46
c) Sonstiges	46
3. Sonderfall Universalschlichtungsstellen	47
a) Vorbemerkung zur Funktion der Universalschlichtungsstelle und Verhältnis zu Allgemeinen Verbraucherschlichtungsstellen	47
b) Trägerschaft bei einer Universalschlichtungsstelle	48
III. Finanzierung	49
1. Finanzierungsarten	49
2. Tragfähigkeit der Finanzierung	50
3. Anforderungen an einen getrennten, zweckgebundenen und ausreichenden Haushalt im Sinne von § 2 VSBG	51
IV. Einrichtung auf Dauer	52
V. Beteiligung der Verbände	52
1. Was sind Verbände im Sinne von § 9 VSBG?	52
a) Verbraucherverband	53
b) Unternehmerverband	54
2. Wie wirkt sich die Finanzierung durch mehrere Verbände aus?	54
3. Welches Ausmaß der Verbandsfinanzierung ist maßgeblich?	54
4. Welche Art und welcher Umfang der Beteiligung ist vorgeschrieben und wie wird deren Einhaltung überwacht?	54
VI. Informations-, Berichts- und Auskunftspflichten	55
1. Informationspflichten	55
2. Berichtspflichten	57
a) Berichtspflicht nach § 34 Abs. 1 VSBG – jährlicher Tätigkeitsbericht	57
b) Berichtspflicht nach § 34 Abs. 2 VSBG – Evaluationsbericht	59
c) Auskunftspflichten nach § 34 Abs. VSBG	60
VII. Anerkennung privater Verbraucherschlichtungsstellen	60
VIII. Verbraucherschlichtungsstellen und sonstige Schlichtungsstellen	63
§ 4 Streitmittler	67
I. Einführung	67
II. Stellung, Begriff, Grundsatzfragen	67
1. Begriff	67
2. Natürliche Person	68
3. Streitmittlergremien	68
III. Qualifikation	69
1. Volljurist oder zertifizierter Mediator	69
2. Volljurist	70
3. Zertifizierter Mediator	70
4. Weitere Voraussetzungen	71
a) Grad der Abdeckung durch Qualifikation nach Satz 2	71

	Inhaltsverzeichnis
b) Verbleibende Qualifikationsanforderungen	72
c) Qualifikation des zertifizierten Mediators im Anforderungsbereich Verbraucherrecht	73
d) Qualifikation des Volljuristen im Anforderungsbereich Verfahrenskenntnisse	73
e) Fazit: vorläufig geltende Anforderung an den Streitmittler	74
IV. Streitmittlervorbehalt und Strukturmodelle	74
1. Streitmittlervorbehalt	74
2. Strukturmodelle	75
a) Ombudssystem	76
b) Gerichtsanaloges System	77
c) Mischmodelle	77
V. Unabhängigkeit und Unparteilichkeit	77
1. Einführung und Übersicht	77
2. Bestellungsverbot wegen Vortätigkeit (§ 6 Abs. 3 VSBG) – Karenzzeit	79
a) Regelungsbereich	79
b) Ausnahmen	80
c) Sinn und Regelungslücken	81
3. Mindestamtsdauer und Abberufungseinschränkungen (§ 8 VSBG).....	82
a) Mindestamtsdauer	82
b) Abberufungsbeschränkungen	83
4. Vergütungsbezogene Sicherungen der Neutralität (§ 7 Abs. 2 VSBG).....	83
a) Beschäftigungs- und Vergütungsverbot (Satz 1)	83
b) Verbot ergebnisbezogener Vergütung (Satz 2).....	84
5. Offenbarungspflichten zu neutralitätskritischen Umständen	85
a) Übersicht	85
b) Offenbarungspflichtige Umstände	85
aa) Perspektive	85
bb) Beispiele	85
c) Adressaten, Abstufungen und Zusammenspiel der Offenbarungspflichten	86
6. Weisungsfreiheit (§ 7 Abs. 1 VSBG).....	87
a) Einführung	87
b) Gegenstand der Weisungsfreiheit als Streitmittler	88
c) Spannungsverhältnis Weisungsfreiheit und Verfahrensordnung	88
d) Anderweitige Tätigkeiten	89
VI. Streitmittlervertrag	90
1. Einführung	90
2. Einzelheiten	91
§ 5 Verfahren	93
I. Überblick	93
1. Rechtsquellen	93
2. Inhalt der gesetzlichen Verfahrensregelungen und Grundsätze	95
a) Das VSBG als Mindestrahmen	95
b) Die Schlichtung als Leitbild des VSBG	96
c) Freiwilligkeit	96
d) Beibringungsgrundsatzt	96
e) Rechtliches Gehör	97
f) Einseitige Kostentragung der Unternehmer	97
g) Verfahren und Verfahrensdauer	99
h) Vertraulichkeit	99
II. Verfahrensordnung	99
1. Bedeutung der Verfahrensordnung und Rechtsnatur	99
2. Veröffentlichung der Verfahrensordnung	100
3. Formelle Anforderungen an den Erlass der Verfahrensordnung	100
4. Zustimmung zur Verfahrensordnung und Bindung der Parteien	101
5. Inhaltliche Vorgaben und Möglichkeit abweichender Regelungen	102
6. Folgen fehlerhafter Verfahrensordnungen	103
7. Anzeigepflicht bei Änderungen	104

Inhaltsverzeichnis

DIE FACHBUCHHANDLUNG

III. Parteien und Vertretung der Parteien	104
1. Verbraucher und Unternehmer	104
2. Einzelverfahren und Bündelung von Verfahren	105
3. Vertretung der Parteien und Anwaltsgebühren	106
4. Kostentragung bei Vertretung	107
IV. Einleitung und Gegenstand des Verfahrens	108
1. Antragstellung	108
a) Allgemeine Vorgaben	108
b) Besondere Regelungen	109
c) Antragstellung bei online geschlossenen Verträgen über die OS-Plattform	110
2. Antragsberechtigung	111
3. Statthafter Antragsgegenstand	111
4. Folgen bei Nichteinhaltung der Anforderungen	112
5. Unterrichtung des Antragsgegners und Information der Parteien	113
6. Verjährungshemmung	113
V. Ablehnungsgründe und Ablehnungsentscheidung	116
1. Zeitpunkt und Gestaltung der Prüfung	116
2. Zwingende Ablehnungsgründe nach § 14 Abs. 1 VSBG	117
a) Fehlende Zuständigkeit	118
b) Fehlende vorherige Geltendmachung	118
c) Offensichtliche Erfolglosigkeit oder Mutwilligkeit	118
d) Spezialgesetzliche Ablehnungsgründe (Flugbeförderung, Finanzdienstleistungen) ..	119
e) Universalschlichtungsstelle	121
3. Optionale Ablehnungsgründe kraft Verfahrensordnung	122
a) Vorangegangene und anhängige Verfahren in derselben Angelegenheit	122
b) Streitwertgrenzen	122
c) Ernsthafte Beeinträchtigung des effektiven Betriebs der Schlichtungsstelle	124
aa) Unverhältnismäßiger Aufwand zur Klärung von Sach- oder Rechtsfragen	124
bb) Klärungsbedürftige Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung	125
cc) Sonstige Gründe für eine Beeinträchtigung des Betriebs der Schlichtungsstelle	126
4. Verfahrensaussetzung bis zum Ablauf der Stillhaltefrist	126
5. Die Ablehnungsentscheidung und Folgen fehlerhafter Ablehnungsentscheidungen	126
a) Rechtsbehelfe gegen die Ablehnungsentscheidung	126
b) Folgen einer fehlerhaften Ablehnungsentscheidung	127
VI. Teilnahmebereitschaft und Teilnahmepflicht des Antragsgegners	128
1. Ablehnungserklärung und zeitliche Grenze	128
2. Unbeachtlichkeit der Ablehnung und Entscheidung nach Aktenlage	129
a) Vertragliche Abrede und Satzung	130
b) Gesetzliche Ausnahmen von der Freiwilligkeit	131
c) Sonderregelung für die Universalschlichtung	132
VII. Durchführung des Streitbeilegungsverfahrens	132
1. Rechtsverhältnis zwischen den Parteien sowie mit der Schlichtungsstelle	132
2. Ablauf des Verfahrens	133
a) Anspruch auf rechtliches Gehör	133
b) Vorverfahren	134
c) Gelegenheit und Frist zur Antragserwiderung	134
d) Verteidigungsmittel des Antragsgegners	135
e) Form der Antragserwiderung	136
f) Replik des Antragstellers	136
g) Weitere Sachverhaltsaufklärung und Beweiserhebung	137
h) Vollständige Beschwerdeakte	138
3. Akteneinsicht	139
4. Verspätetes Vorbringen	140
5. Vertraulichkeit	140
VIII. Vorzeitige Beendigung des Verfahrens	142
IX. Verfahrensfehler und ihre Folgen	143

X. Entgelte, Kosten, Missbrauchsgebühr	143
1. Entgelt- und Gebührenpflicht des Unternehmers	144
2. Missbrauchsentgelt	146
3. Entgelt des Verbrauchers	148
4. Kosten der Parteien	148
XI. Abschluss des Verfahrens	149
§ 6 Schlichtungsvorschlag/Ergebnis des Verfahrens	151
I. Einordnung des Schlichtungsvorschlags	151
1. Stellung im Gesamtkontext der Streitlösung	151
2. Element der Schlichtung	151
II. Anwendungsbereich	152
1. Verankerung in der Verfahrensordnung und Parteiwille	152
2. Einfluss anderer Bedingungen und Einschränkungen	152
3. Folgerungen für den Anwendungsbereich von § 19 VSBG	153
III. Maß der Rechtsbindung	154
1. Die Anforderungen des Europäischen Rechts	154
2. Der rechtspolitische Diskurs in Deutschland	154
3. Vorgaben des VSBG	156
a) Gesetzeswortlaut	156
b) Auslegung nach Sinn und Zweck	157
aa) Funktion des Schlichtungsvorschlags	157
bb) Funktion der Begründung des Schlichtungsvorschlags	158
cc) Fazit: Prinzip der informierten Autonomie	158
c) Einzelfragen	158
aa) Keine Differenzierung zwischen zwingendem und dispositiven Recht	158
bb) Keine zwingende Berücksichtigung ausländischen Rechts	159
IV. Gegenstand des Schlichtungsvorschlags	159
1. Keine Bindung an Anträge	159
2. Kosten des Verfahrens und anwaltlicher Vertretung	160
3. Teilerledigung	160
V. Begriff, Elemente und Aufbau des Schlichtungsvorschlags (iwS).....	161
1. Begriff	161
2. Vergleich mit dem Urteil nach der ZPO	161
3. Elemente des Schlichtungsvorschlags	162
a) Vorschlag, Rubrum und Tenor	162
b) Begründung	162
aa) Unklarheiten zum Sachverhalt und Beweisprognose	162
bb) Prozessrisikoanalyse	163
cc) Aspekte außerhalb des Rechts	164
VI. Zustandekommen des Vertrages und Ablehnung	164
1. Übermittlung und Überlegungsfrist	164
2. Hinweise	164
3. Annahme des Schlichtungsvorschlags	165
4. Ablehnung und nicht rechtzeitige oder nicht vollständige Annahme	166
5. Nachverhandlungen	166
6. Materiellrechtliche Einordnung der Einigung	166
VII. Wirksamkeit des Vergleichs	167
1. Anfechtbarkeit und Nichtigkeitsgründe	167
2. Keine Bindung an halbzwangendes Verbraucherschutzrecht	167
VIII. Sonderfall Bindung des Unternehmens	169
IX. Durchsetzung/Vollstreckung	170
X. Prozessvoraussetzung nach § 15a EGZPO	171

Inhaltsverzeichnis

DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 7 Informationspflichten der Unternehmer	173
I. Vorvertragliche Information	173
1. Persönlicher Anwendungsbereich und Kleinbetriebsklausel	173
2. Inhalt und Form der Information nach § 36 VSBG	175
3. Zusätzliche Informationspflichten für Online-Anbieter nach der ODR-Verordnung	176
4. Spezialgesetzliche Regelungen zu Informationspflichten	177
5. Wirkung der Information	178
6. Folgen fehlerhafter und fehlender Information	179
7. Inkrafttreten	180
II. Information nach Entstehen der Streitigkeit	180
1. Persönlicher Anwendungsbereich	181
2. Inhalt und Form	181
3. Nichtbeilegung einer Verbraucherstreitigkeit	182
4. Spezialgesetzliche Regelungen	182
5. Wirkung der Erklärung	182
6. Folgen fehlerhafter und fehlender Information	182
7. Inkrafttreten	183
§ 8 Grenzüberschreitende Streitigkeiten	185
I. Die von ADR-Richtlinie und VSBG erfassten grenzüberschreitenden Streitigkeiten	186
1. Pflichtbereich	186
2. Freiwilliger Bereich	186
II. Zugang zu Verbraucherschlichtungs- bzw. ADR-Stellen	187
1. Informationspflichten für Unternehmer	187
2. Unterstützung und Kontaktstellen	188
3. Zusammenarbeit von Verbraucherschlichtungsstellen mit ADR-Stellen aus anderen EU- und EWR-Staaten	189
III. Sprachliche Herausforderungen	189
IV. Rechtliche Herausforderungen	190
V. Die europäische ODR-Plattform	191
1. Anwendungsbereich	191
2. Wesentliche Funktionen der ODR-Plattform	191
§ 9 Aufsicht und Rechtsdurchsetzung	193
I. Behördliche Aufsicht über Schlichtungsstellen	193
1. Zuständige Behörde	193
2. Aufsichtsmaßnahmen nach § 26 VSBG	194
a) Aufsichtlich relevantes Fehlverhalten	194
b) Beanstandung und Anordnung	196
c) Widerruf der Anerkennung	197
d) Anlassbezogene Gestaltung der Aufsicht	197
3. Ordnungswidrigkeiten	198
II. Privatrechtliche Rechtsdurchsetzung	198
1. Durchsetzung von Pflichten der Schlichtungsstellen	198
a) Unterlassungsklagengesetz (UKlaG)	198
b) Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG)	199
c) Rechtsdurchsetzung durch die Verfahrensbeteiligten	200
d) Durchsetzung der Beteiligungsrechte nach § 9 VSBG	200
2. Durchsetzung der Informationspflichten der Unternehmer	201
a) Vorvertragliche Information vor Entstehen einer Streitigkeit	201
b) Information nach Entstehen der Streitigkeit	201
§ 10 Informations- und Unterstützungsangebot	203
§ 11 Formularmuster	205
I. Schlichtungsvorschlag	205
1. Sachverhalt	205

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

2. Rechtliche Würdigung	206
3. Schlichtungsvorschlag	206
4. Hinweise zum Schlichtungsvorschlag	207
II. Musterverfahrensordnung	208
Musterverfahrensordnung der Schlichtungsstelle	208
Konfliktbeilegungsmethode Schlichtung	208
Präambel/Vorbemerkung	208
1. Zuständigkeit	208
2. Organisation der Schlichtungsstelle und Streitmittler	209
3. Verfahrensgrundsätze	210
4. Antragstellung	211
5. Zustellung des Antrags an den Unternehmer	211
6. Ablehnung des Schlichtungsantrags und Verfahrensbeendigung	212
7. Stellungnahmen der Parteien	212
8. Prüfung	213
9. Schlichtungsvorschlag und Verfahrensbeendigung	213
10. Verschwiegenheit	213
11. Kosten	214
12. Haftungsausschluss	214
13. Gültigkeit	214
Anhang	
1. Gesetz über die alternative Streitbeilegung in Verbrauchersachen (Verbraucherstreitbeilegungsgesetz – VSBG)	215
2. Verordnung über die Aus- und Fortbildung von zertifizierten Mediatoren (Zertifizierte-Mediatoren-Ausbildungsverordnung – ZMediatAusbV)	228
Sachregister	233

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG